Dienstag, 2. Januar 26

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 M.

Biner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 2

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

T. W. Aus der vorzü reichen Hamburger Rede des Reichskanzlers D hen, daß die Reichsregierung „durch Vermitt Macht" den „am Rheine interessierten Gro sogenannten Gottesfrieden angeboten dieser Art war bekanntlich auch der von L nua vorgeschlagen- und nicht verwirklichte ch hat die deutsche Idee, daß die beteiligten blichten sollten, ein Menschenalter nicht ohne befragung Krieg gegen einander zu führen, mit. Es ist am Rheine zu sehr interessiert. O en die französischen Imperialisten zu ihrer Gagen, die Deutschen hielten keine Verträge, fi isch und man könne ihnen nicht trauen. D von Frieden und bereite Kriege vor. Wir rauf hinweisen, daß im Jahre 1913, als die am lieblichen Licht erfreute und Völkergeme alkanspezialität galt, der Botschafter des Herrn r Delcassé, in Petersburg kaltblütig bereits le besprach. Ferner hat sich bekanntlich au eren Iswolskis ergeben, daß im Herbs französische Minister des Aeußeren, hinter den anderen Verbündeten, dem russischen Botschafter „hauptsächlichste Ziel Frankreichs" sei „die Ver eutschen Reiches" und seiner „politischen und ö kraft". Während man heimlich diese Pläne erö an den Nationen, die man zur Hilfe herbeirie Vorträge über die Abschaffung des Gewaltgeis ilisation, Freiheit und Recht. Wirklich, wenn He uns nicht vertrauenswürdig findet, so haben nr Grund, dem französischen Imperialismus zu der obenein mit seinen Armeen an unserer ungesch steht. Niemand wird sich darüber wundern, da aré den deutschen Vorschlag ohne nähere Prüfun gemeinsame Beratung zurückgewiesen hat, denn nen Weg zum Paradiese des Gottesfriedens einschla könnte man leicht zur Abrüstung kommen, und dann aus der französischen Hegemonie? Be enz, die heute in Paris begonnen hat, wird vorieden vermutlich gar nicht die Rede sein. Indesse at in Hamburg nicht nur diese beim ersten Fluge e aube erwähnt. Er hat auch angedeutet, wie Anerbietungen zur Reparationsfrage aussehen, die Reichsregierung in Paris hervorzutreten gede Regierung ist bereit, zur [illegible] „eine feste erste Summe [illegible] Anleih Vermittlung eines internationalen Finanzko utzubringen". Weitere Anleihen sollen folgen so weit das Konsortium dies für möglich hält". Dieser sagt: „Die Regierung ist gewillt, die ganze Kr schaft auf der Seite des Staates für dieses Ziel , sie wird in der Lage sein, dem Anleihekonsortium ünftige Sicherheit einzuräumen", und „zu Ben wen einer zu übernehmenden Garantie ische Wirtschaft bereit". Sollte dieses Projekt in genommen werden, die schnelle Aufbringung der ersten Summe" genügend sicher erscheinen, so würde einen Moratorium, und damit zu Pfändungen ke Anlaß mehr sein. Aber Herr Poincaré wi nder icht, wie Röschen ihren Piepmatz, davonfli Er wird wahrscheinlich erklären, die Anleihe sei eiche, die Garantie keine Garantie und die feste Sp mmungsbje im Aethermeer. Darum ist es klug, daß die Regierung ihre Vorschläge nicht vorzeitig veröffentlich abwartet, ob man Herrn Bergmann anzuhören wollen ist es den wohlwollenden Premierenbesuch zu sicht machen, das Stück schon herunterzuspielen, bevor es beginnt.

Für Herrn Poincaré kämpft ein Deutschland einziger Lebenszweck. Er stehe einsam kämpfer, der auf seinem Körper kein hin Kleidungsstück trägt. Die anderen Alliierten gleichen in Seiten auf dem Wettmarsch, die mit schweren en oden sind. Während das Adlerauge des Herrn Poincaré das Rheinland blickt, ist ihre Aufmerksamkeit wie gelenkt. Mussolini hat es unlohnend gefunden, nd zu reisen, und hat den Londoner Botschafter delegiert. Er ist in seiner Heimat reichlich beschäftigt, kann komit hunderttausend Flintenkolben ein altes Gewehr ch, aber mit diesen Werkzeugen allein kann er neuen. n die Finanzen zu verbessern, will Mussolini unbeugsamer Energie, die Einkünfte der Gutsbesitzer Bauern ärker besteuern, und das hat natürlich sofort die Landwohnern große Unzufriedenheit erregt. Um Kriege rüsten, will er überflüssige Verwaltungsämter aufheben, er wird von Getreuen, die nicht immer mit Staatsämter sein würden, mit Stellengesuchen und Mahnungen bedrängt. Er hat gewiß die Katholiken befriedigt, indem es Schritte wieder zu Tempeln der Religion machte, ab sie d verstimmt und beunruhigt, weil er ein ungünstiges Wahlgesetz plant. Er hat seinen mit seinem Verkehrsminister Torre, beso die Lage des Krieges angestellten Eisenbahnbeamten entlo und durch Kriegsteilnehmer, also seine Häuser zu ersetzen, aber auch die fascistischen Bahnbeamten ben mißbilligend gerührt, als man von Abbau Teuerungszulagen gesprochen hat. In den seinen Landen scheint nicht alles ganz glatt zu gehen. Gegen n aufgelöst, anderen mußte die Veranstaltung von Kong untersagt werden, in einigen haben populäre Führer ihr niedergelegt. Eines der schwierigsten Probleme, d Mussolini zu bewältigen hat, ergibt sich aus der Notwendigkeit, die ersten Gewaltnaturen zu zähmen und gleichzeitig seine Kerngruppen, die sich seinem Siegeszuge angeschlossen hatten, gemaßte Privilegien zu entziehen. Die nationalistischen mit den blauen Hemden soll ihre Selbständigkeit den und man versucht, die Männer des Meeres, die sich d'annunzio scharten und ihre Fahne in Fiume entfalten, t fascistische Marinekorporation einzurei. Schon der Poet, der eben

Der Beginn der Pariser Konferenz.

Frankreichs Pfänderprogramm.

„Keine Konzessionen."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 2. Januar.

Das neue Jahr beginnt, wie die letzten vier Jahre mit einer internationalen Konferenz. Im Januar 1919 war es die Friedenskonferenz, die in Paris zusammentrat, im Januar 1920 agte der Oberste Rat in Paris zur Regelung der ersten Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch der praktischen Durchführung des Vertrages ergaben. Im Januar 1921 vereinigten sich abermals die Mitglieder des Obersten Rates in Paris, um die Höhe der deutsch Schuld festzusetzen; es kam jedoch nur zu einer prinzipiellen Einbarung, durch den Beschluß, daß Deutschland während eines Zeitrames von 52 Jahren feste und variable Beträge zu zahlen habe. Die Höhe der letzteren wurde auf 12 Prozent der deutschen Ausfu festgesetzt und der Gesamtbetrag des von Deutschland zu ersetzend Schadens auf 226 Milliarden. Der Januar 1922 brachte die Konferenz von Cannes, in der Deutschland ein Teilmoratorium für 1 gewährt wurde. Heute treten die alliierten Ministerpräsidenten mit ihren Fachministern und Sachverständigen erneut zusamm. Wa werden ihre Beratungen bringen?

Das abgelaufene Jahr, das Deutschland finanziell und wirtschaftlich dem Abgrund nahegebracht hat, hat auf der ande Seite die Einsicht in den Widersinn vieler Klauseln des Versailler Vertrages und des phantastisch London Zahlungsplanes den Weg geebnet. Die Vorbedingungen für eine endgültige Regelung der Reparationsfrage auf Grundlage der wirklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands wären te gegeben, wenn sich die französische Regierung, der es weit weniger um deutsche Zahlungen, als um die Durchsetzung ihrer Machtpol und wirtschaftliche Angliederung des deutschen Westens Frankreichs zu tun ist, nicht mit allen Kräften entgegenstellen wü Ein Teil der französischen Blätter versichert heute wieder mit Nachdruck, daß die französische Regierung in der Frage der Pfänderprogramms keine Konzessionen machen würde, und daß sie, wenn eine Einigung darüber sich als unmöglich erweisen so entschlossen sei, ohne die Verbündeten isoliert gegen Deutschland vorzugehen. Auf der anderen Seite Nachrichten aus London und Washington keinen Zweifel welche Folgen eine solche Aktion Frankreichs haben würde. Unter diesen Umständen wird es sich die französische Regierung reiflich noch einmal gründlich überlegen, ehe sie alle Brücken abbricht. Frankreichs Pfänderprogram, das schon berichtet worden ist, wurde in einer unter de Vorsitz Poincarés abgehaltenen Versammlung endgültig festgesetzt. Es ist darin weder von militärischen Besatzungen des Ruhrgebiets noch von der Errichtung einer Zollbarriere zwischen dem industriellen Osten und dem übrigen Deutschland die Rede. Dagegen dreht sich die angekündigte Rhein- und Ruhrpolitik um die hinten Frankreich. Poincaré wird die Absicht zugeschrieben, die Konferenz mit Diskussion der in der Vorwoche von der Reparationskommission gestellten „Nichterfüllung" Deutschlands zu eröffnen und gegen die Haltung Bradburys zu protestieren. Am Sonntag die Erklärung abgegeben hat, daß Lenn der französische Antrag, eine neue Nichterfüllung Deutschlands hinsichtlich Kohlenlieferungen zu konstatieren, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werden sollte, er den Beratungen fern bleiben werde.

* * *

Ein deutscher Schritt auch in Brüssel.

Die Bereitschaft zur Garantieleistung.

(Telegramm.)

Brüssel, 1. Januar. (Agence H

Der deutsche Gesandte Dr. Landsberg ist den Staatssekretär des Aeußeren auf, um der belgischen Regierung mitzuteilen, die deutsche Regierung einen Reparationsplan in voller Uebereinstimmung mit den Interessen von Handel, Industrie und Finanz Deutschlands gearbeitet hat. Die **deutsche Regierung würde sein, Geldgebern alle ernsthaften Garantien zu geben,** sie ersucht darum, daß Staatssekretär Dr. Bermann ersucht wird, diesen Plan auf der Pariser Konferenz zu erläutern und zu erklären.

Der deutsche Vorschlag eines „Garantiepakts" mit Frankreich.

Französische Ableugnungsversuche.

Paris, 2. Januar. (W. T. B.)

Reichskanzler Cuno hat in einer Rede erklärt, daß Deutschland durch eine dritte Macht Frankreich angeboten habe, eine gegenseitige Verpflichtung zu unterzeichnen, während Menschenalters, ohne durch eine Abstimmung der an der Ruhr interessierten Mächte dazu ermächtigt zu sein, keinen Krieg zu führen. Frankreich habe abgelehnt. Diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas glaubt zu wissen, die dritte Macht, um die es sich handelt, Amerika gewesen sei. Er fährt fort: „Der deutsche Botschafter in Washington hat auch Hughes eine Anregung dieser Art überreicht. Aber die Anregung nicht den Charakter eines fest durchgearbeiteten Vertrages trug, so glaubte das Staatsdepartement, daß es ihn nicht Paris weiterleiten solle. Frankreich konnte also auch nicht abweichen. Es muß im übrigen daran erinnert werden, daß der Versailler Vertrag vorsieht, daß im Falle eines Streites ein vollständiges Verfahren zur friedlichen Regelung vor dem Völkerbund zu erfolgen habe. Dieses Verfahren bietet mindestens die Sicherheiten, die die von Deutschland angeregten Verpflichtungen zur Verhütung eines Angriffes.

*

Diese Pariser Meldung der „Agence Havas" bedeutet offenbar eine vorläufige Antwort der französischen Regierung auf die Rede des Reichskanzlers Cuno. Die französische Erwiderung enthält jedoch wesentliche Unrichtigkeiten. Wenn in der Meldung gesagt wird, daß die deutsche Anregung „nicht den Charakter eines festdurchgearbeiteten Vertrages trug", so ist dazu zu bemerken, daß die deutschen Anregungen in schriftlicher Form durch den deutschen Botschafter in Washington, Wiedfeld, der amerikanischen Regierung unterbreitet wurden und dann durch den französischen Botschafter in Washington, Jusserand, nach Paris weitergeleitet worden sind.

Die deutsche Regierung ist der Auffassung, daß ihre Vorschläge durch genügten, um darüber zumindest zu verhandeln. Entgegen den Behauptungen der Havas-Meldung, das Staatsdepartement habe die Vorschläge nicht weitergeleitet, und es habe deshalb auch keine Ablehnung durch Frankreich erfolgen können, muß festgestellt werden, daß **Frankreich durch Vermittlung der dritten Macht offiziell von den deutschen Anregungen in Kenntnis gesetzt worden ist. Auch die Ablehnung Frankreichs war in jeder Beziehung offiziell.** Dabei schützte Frankreich gewisse formelle verfassungsrechtliche Gründe vor, ohne auf die deutschen Anregungen selbst einzugehen. Wenn die Havas-Meldung weiter auf den Völkerbund als der geeigneten Instanz zur Vorbeugung von Streitigkeiten unter den Völkern hinweist, so muß daran erinnert werden, daß es ja gerade die französische Regierung immer gewesen ist, die Deutschland das Recht bestritt, sich an den Völkerbund zu wenden, weil es nicht dessen Mitglied sei. Auch aus anderen Gründen dürfte die Anrufung des Völkerbundes für Deutschland wohl kaum irgendwelche günstigen Aussichten eröffnet haben.

Die deutsche Regierung hat diesen Schritt, der kurz nach der Londoner Konferenz erfolgt ist, insbesondere deshalb unternommen, weil sie sich nicht immer aufs neue die Fabel von ihren angeblichen „aggressiven Absichten und militärischen Rüstungen" nachsagen lassen wollte. Wenn der Kanzler in seiner gestrigen Rede von einem Menschenalter gesprochen hat, während dessen der beabsichtigte Garantievertrag gelten solle, so hat er diesen Ausdruck nicht ohne besondere Bedeutung gebraucht. Denn ein Menschenalter währt zum mindesten dreißig Jahre. Dreißig Jahre ist aber auch bekanntlich unsere Reparationspflicht in Kraft. So bleibt also, entgegen den Behauptungen der Agentur Havas, die unverrückbare Tatsache bestehen, daß Frankreich einen offiziellen Plan Deutschlands zur Befriedigung der Welt offiziell abgelehnt hat.

---

noch den Diktator mit schwungvollen Worten grüßt, erzürnte Achill in seinem Zelte, und man eiß nicht dort sinnt. Er war die Memnonssäule, er bei der Sonne Jubelklänge entströmten, und daß er jetzt andere Töne von sich soviel Reformen und Schwierigkeiten ein kräftiger Mann wie Mussolini einfach fort. Er hat keine Ahnung die Reparationsfrage mit dem dehnbaren Orakelsprüche: „Keine militärischen Zwang wirtschaftliche Garantien", und sagt achselzuckend daß doch nichts zustande kommt?"

Immerhin sind seine Kränze noch nicht man seine Situation mit den gegenwärtigen belgischen Kabinetts vergleicht, so daß er auf weichen Daunen gebettet ist. binett sitzt bis zum Halse im Dornengestrüpp. land ist die Genter Universitätsfrage achtet worden, und das ist ganz gut, der selbst das kühlste Zuschauerinteresse als mischung ausgelegt. Aber wie um eine hoch

tobt heute in Belgien der Kampf um diese Universität von Gent. Die Vlamen hatten die Vlamisierung dieser bisher von der französischen Sprache beherrschten Hochschule verlangt. In endlos langen und beispiellos leidenschaftlichen Kammerdebatten stießen, wie niemals vorher, die vlämisch und die wallonisch Gesinnten zusammen. Die meisten Mitglieder der katholischen Rechten und eine Anzahl Sozialisten, unter Vandervelde Führung, nahmen an dem Vlamenvorstoß teil. Vergeblich verglich der katholische Wallone Carton de Wiart, der ehemalige Ministerpräsident, die Vlamisierung der Genter Universität mit den Taten der Deutschen in Löwen, und vergeblich nannte er sie „ein Verbrechen wider den Geist". Vergeblich verschwendeten der liberale Minister Hymans und der Bürgermeister von Brüssel, Herr Adolphe Max, ihre entrüstete Beredsamkeit, erklärten viele Redner, die Einheit des Landes werde verräterisch zerrissen, das von dem „deutschen Henker" erstrebte Werk werde vom inneren Feinde vollendet, die alte französische Kultur, auf der das belgische Geistesleben sich aufbaue, werde gewissenlos zerstört. Kompromißanträge, die den Einfluß des Französischen in Gent weiterhin sichern sollten, wurden von den Erhitzten in beiden Lagern abgelehnt. Als